



HAMBURGER GETREIDE-LAGERHAUS

AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg

Jahresabschluss 2013

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Bernd Günther, Hamburg

Kaufmann

Aktuelle Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Maschinenfabrik HEID AG, Stockerau, Österreich
New-York Hamburger Gummi-Waaren

Compagnie AG, Lüneburg

MATERNUS Kliniken AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats: WCM AG, Frankfurt

Patrio Plus AG, Lüneburg

bis 31. August 2013

Ehrevorsitzender des Aufsichtsrats: H&R AG seit 01. Juni 2012

Aufsichtsrat:

Dr. jur. Horst Reuter, Hamburg, Vorsitzender

Rechtsanwalt/Steuerberater

Dipl.-Kfm. Hanns Günther, Frankfurt, stellv. Vorsitzender

Bankkaufmann

Dipl.-kfm. Dr. Joachim Girg, München (ab 15.07.2013)

Geschäftsführer der H&R Beteiligung GmbH, Hamburg

Aktuelle Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats: H&R AG, Salzbergen

Michael von Busse, Hamburg (bis 15.07.2013)

Bankkaufmann

Aktuelle Tätigkeiten und Funktionen:

Mitglied des Aufsichtsrats: Advanced Capital Management AG, Aachen

Geschäftsbericht des Vorstands

LAGEBERICHT 2013

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

In Deutschland verlief die Entwicklung des gewerblichen Immobilienmarktes ruhig. Das weiterhin niedrige Zinsniveau wirkte marktstützend. Hingegen war die Entwicklung in den Niederlanden von höheren Leerständen geprägt und nicht so stabil wie in Deutschland.

Am Aktienmarkt verlief die Entwicklung erfreulicher als viele Vorhersagen es wissen wollten. Indexgewinne von rund 25 % wurden durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und den mangelnden Anlagealternativen zu Dividendenwerten hervorgerufen.

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft hat sich im vergangenen Geschäftsjahr verbessert. Das lag im Wesentlichen an der Erhöhung des gezeichneten Kapitals von € 1.228.708,38 auf € 1.351.579,21. Zusätzlich wirkte sich der Jahresüberschuss von € 18.941,54 nach Steuern auf die Erhöhung des Eigenkapitals von € 1,321 Mio. auf € 1,493 Mio. aus. Durch Reduzierung der Bankverbindlichkeiten von € 3,781 Mio. auf € 3,140 Mio. verkürzte sich die Bilanzsumme um € 0,363 Mio. auf € 5,275 Mio. und die Eigenkapitalquote stieg von 23,43 % auf 28,30%. Der Buchwert unseres Grundbesitzes liegt bei € 4,547 Mio.

Unser Grundstück in Mönchengladbach (30.000 m², davon 16.000 m² bebaut) steht mit € 3,68 Mio. zu Buch.

Die restlichen Buchwerte des Grundvermögens entfallen auf Gebäude in Bielefeld und Bremerhaven-Langen. Die Finanzierung der Grundstücke erfolgte durch langfristige Annuitätendarlehen in Höhe von € 2,43 Mio. und durch einen kurzfristigen Bankkredit in Höhe von € 0,87 Mio.

Das Grundstück der Beteiligungsgesellschaft N.V. Beheer v/h Philips Tabak konnte, wie vorgesehen, verkauft werden. Dadurch ergab sich bei unserer Beteiligung eine Zuschreibung von € 90.000,00. Der Veräußerungserlös lag inklusive der Anrechnung der Kaufoptionsgebühr bei € 2,8 Mio. Alle Bankschulden konnten bei unserer Beteiligung zurückgezahlt werden und es verblieb eine Nettoliquidität von rund € 1,0 Mio. Die von der HGL AG gewährten Darlehen von € 0,417 Mio. wurden seitens der Beteiligungsgesellschaft ebenfalls zurückgezahlt. Zum Bilanzstichtag stellt die Gesellschaft der HGL AG stattdessen einen Betrag von T€ 140 zur Verfügung.

Unsichere Forderungen gegen einen Mieter wurden bei der HGL AG wertberichtigt. Zum Jahresultimo waren alle Derivatengeschäfte abgewickelt. Es gab zum Bilanzstichtag keine Optionsrisiken.

Finanzlage

Die Finanzlage unserer Gesellschaft war im Berichtsjahr geordnet und hat durch die im Geschäftsjahr erfolgte Kapitalerhöhung in Höhe von T€ 153 eine Stärkung erfahren. Tilgungen und Zinszahlungen erfolgten vereinbarungsgemäß. Der Wertpapierbestand betrug nach Verkäufen € 42.139,38 (Vorjahr: € 68.197,67).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ermäßigten sich von € 3,781 Mio. auf € 3,140 Mio. Der kurzfristige Anteil beträgt zum Bilanzstichtag € 1,114 Mio. (Vorjahr: € 1,563 Mio.), wurde jedoch in 2014 durch die Ausgabe einer langfristigen Anleihe weiter reduziert.

Ertragslage

Die Ertragslage unserer Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Sondereinflüsse geprägt. Optionsgewinnen in Höhe von € 0,509 Mio. standen Optionsverluste in Höhe von € 0,355 Mio. gegenüber, so dass aus diesem Ertragssegment nach einem annähernd ausgeglichenen Nettoergebnis im Vorjahr ein positives Nettoergebnis von € 0,154 Mio. zu verzeichnen war.

Das jeweilige Einzelrisiko der Optionsgeschäfte ist unverändert durch die Margenlinie und den Hinterlegungsbetrag und das Konzept der Risikoabsicherung bestimmt. Der Hinterlegungsbetrag belief sich im Berichtsjahr im Durchschnitt auf € 55.000,00.

Die Grundstücksabschreibungen blieben mit € 50.729,00 unverändert zum Vorjahr.

Die Mieteinnahmen sanken, bedingt durch die Insolvenz eines Mieters auf dem Grundstück in Mönchengladbach, auf € 474.373,39 und kamen nicht an das Vorjahresniveau heran (Vorjahr: € € 626.723,07). Im Geschäftsjahr 2014 konnten bereits Teile der leerstehenden Flächen neu vermietet werden.

Gleichzeitig wurden Wertberichtigungen auf Mietforderungen von € 60.898,00 (Vorjahr: € 31.689,59) für erforderlich gehalten.

Auf den Wertansatz unserer Beteiligung konnte aufgrund des realisierten Grundstücksverkaufs eine Zuschreibung von € 90.000,00 vorgenommen werden.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Risikomanagement

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der zukünftigen Entwicklung. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Risiken betreffen den Immobilienbereich (Sicherung gegen Wertverluste, Leerstand, Finanzierungssicherheit) sowie den Bereich der Finanzgeschäfte.

Die wesentlichen Risiken bei unseren Immobilien sind die Marktentwicklungen in Deutschland. Mietausfälle und Leerstände sind als Risiken zu nennen. Die Vermeidung von Leerständen sowie geeignete Gegenmaßnahmen sind erforderlich, da sonst notwendige Tilgungsleistungen unserer Kredite gefährdet sein können.

Wir haben ein Mahnwesen eingerichtet, wenn Mieten nicht pünktlich gezahlt werden und pflegen den Kontakt mit unseren Mietern.

Im Derivatebereich haben wir die Risikokontrolle durch die klare Limitierung der Einzelrisiken und durch tägliche Margenlisten im Griff. Es erfolgt eine regelmäßige und genaue Risikokontrolle u.a. durch die tägliche Vorlage sämtlicher Margenlisten von den Banken. Auf Grund der Marktrisiken sowie aus Gründen einer verfolgten Anlagestrategie haben wir keine längerfristigen Transaktionen vorgenommen. Bei Annäherung der Margenlinie werden Kontrakte geschlossen oder durch Umstellung auf einen risikoärmeren Basiswert geordert, um das Risiko zu minimieren.

Für Optionsgeschäfte ist eine klare Risikolimitierung vorgesehen. Bei Shortgeschäften ist der Vorstand gehalten, die Geschäfte zu schließen, wenn die Entwicklung nicht in die erwartete Richtung erfolgt. Das führt dann zu Verlusten. Umgekehrt führen Kontrakte, die sich außerhalb der Basispreise im DAX bewegen und die aus Risikogründen nicht geschlossen werden müssen, zu Gewinnen. Bei Longkontrakten kann der Einsatz ganz oder teilweise verloren gehen, wenn die Marktbewegung nicht in der erwarteten Richtung verläuft. Umgekehrt kann es entsprechende Gewinne geben. Mit Longkontrakten kann nötigenfalls auch eine Shortposition eine Risikoabsicherung erfahren. Die Risikostrategie des Vorstandes ist auf eine Risikoabsicherung ausgerichtet.

In der Regel werden weit weniger als fünf Prozent der Aktiva in Derivaten gehalten. Dieses Verhalten bremst die Gewinnchancen, vermeidet jedoch auch unverhältnismäßig hohe Verlustmöglichkeiten.

Bei Aktien- und Beteiligungsengagements sind wir von der Marktentwicklung abhängig. Zur Risikobegrenzung verfolgen wir das Marktgeschehen intensiv und limitieren das Risiko durch Stopp-loss-Ordererteilung.

Die zukünftigen Chancen unserer Gesellschaft können sich aus zukünftigen Mietsteigerungen unserer Objekte, mit Schwerpunkt Mönchengladbach, ergeben. Zwar besteht seit 2013 bedingt durch die Insolvenz eines Mieters Leerstand im Bereich der Lagerfläche, in 2014 erfolgten jedoch bereits einige Mietanpassungen und Neuvermietung von Leerflächen. Zukünftige Ertragschancen können sich auch durch Grundstücksverkäufe oberhalb der Buchwerte ergeben. Entsprechende Überlegungen gibt es für unser Bielefelder Objekt.

Die Kreditfinanzierung ist langfristig für unsere Immobilien strukturiert. Kurzfristige Bankdarlehen im zweiten Rang haben wir 2014 durch eine langfristige Anleihe mit Kündigungsrecht abgelöst. Die Anleihe wird nach sieben Jahren endfällig.

Unter Berücksichtigung der übersichtlichen Unternehmens- und Organisationsstruktur hat die HGL AG Voraussetzungen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften geschaffen. Risikomanagementprozesse sind der Unternehmensgröße entsprechend angemessen definiert. Die Buchhaltung wird von einem externen Dienstleister vorgenommen, der sich einer dem Geschäftsumfang angemessenen Standardsoftware bedient. Die Bereiche des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet und werden durch den Vorstand überwacht. Zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden im Rechnungslegungsprozess angemessene Leitlinien und Handlungsanweisungen vorgegeben. Auf diese Weise wird ein stringenter und rechtskonformer Rechnungslegungsprozess bei der HGL AG gewährleistet.

Eine frühzeitige Identifikation und Bewertung von Risiken durch das Risikomanagement stellen sicher, dass den Berichtsadressaten zutreffende, relevante und verlässliche Informationen stets zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2013 beträgt € 1.351.579,21 und setzt sich aus 323.000 Stamm-Stückaktien und 51.000 Vorzugs-Stückaktien zusammen. Jeweils eine Aktie gewährt einen rechnerischen Anteil in Höhe von ca. € 3,61 am Grundkapital. Die Ausstattung der Stamm-Stückaktien mit Rechten und Pflichten richtet sich nach dem Aktiengesetz. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Ausstattung der Vorzugs-Stückaktien richtet sich nach dem Aktiengesetz sowie § 4 letzter Absatz und § 18 der Satzung. Die Vorzugs-Stückaktien sind gegenwärtig gemäß § 140 Abs. 2 AktG stimmberechtigt und sind bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer der Gesellschaft sind nicht derart am Kapital beteiligt, dass eine nicht unmittelbare Ausübung der Kontrollrechte durch die Arbeitnehmer stattfindet.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, liegen nicht vor oder sind, soweit sie sich aus Vereinbarungen der Aktionäre ergeben können, dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungsverhältnisse

Die aktuellen Beteiligungsverhältnisse stellen wir für unsere Aktionäre aktualisiert auf unserer Homepage im Internet dar.

Eine Änderung der Beteiligungsverhältnisse hat im April 2013 nach erfolgter Kapitalerhöhung stattgefunden.

Am Jahresultimo 2013 standen Herrn Bernd Günther 27,18 % der Stimmrechte zu, wovon ihm 6,78 % nach § 22 Abs.1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen waren.

Frau Stephanie Günther standen 9,22 % der Stimmrechte, Prof. Dr. Dirk Fries 9,71 % der Stimmrechte und der Otto M. Schröder Bank AG 6,40 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zu.

Weitere meldepflichtige Besitzanteile zum Jahresultimo 2013 sind nicht bekannt.

Bestehende Ermächtigungen für Kapitalbeschlüsse

Der Vorstand ist nach in 2013 erfolgter Kapitalerhöhung gemäß Satzung dazu ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. August 2015 um bis zu € 447.129,17 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stamm-Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats über die Bedingungen der Aktienaussgabe zu entscheiden (Genehmigtes Kapital 2010). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen.

Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit der Nennbetrag der neuen Aktien weder 10 % des im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden noch 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien bestehenden Grundkapitals übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder soweit der Ausschluss des Bezugsrechts erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft noch zu begebenden Wandelschuldverschreibungen oder Darlehen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts oder nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde.

Eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien besteht nicht.

Satzungsänderungen

Die Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG) und wird mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Der Aufsichtsrat ist gemäß § 4 der Satzung ermächtigt, die Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist neu zu fassen. Die Satzung unserer Gesellschaft ist in § 4, Abs.4 Satz 1 im März 2013 angepasst worden.

Leitung und Kontrolle

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern erfolgt gemäß §§ 84, 85 AktG.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung.

Die Vergütung des Vorstands umfasst lediglich eine Festvergütung, die in ihrer Höhe an die Größe und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft angepasst wird. Die Einzelangabe ergibt sich aus dem Anhang, unter sonstige Angaben, Ziff.5. Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung geregelt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von jeweils € 2.556,46. Für 2013 haben die Mitglieder des Aufsichtsrats auf eine Vergütung verzichtet.

Zusätzliche Angaben

Es existiert nach Kenntnis des Vorstands keine Vereinbarung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, die im Falle einer wesentlichen Veränderung der Gesellschafterstruktur ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Prognosebericht

Für die nähere Zukunft erwarten wir ein Wirtschaftswachstum zwischen 1,0 % (Ukraine-Einfluss) und 1,8 %. Die Märkte werden volatil bleiben.

Die Mieterträge in Mönchengladbach werden nach bisherigen Erfahrungen wieder eine steigende Tendenz haben. Die Wirtschaftsförderung in Mönchengladbach sieht die Ansiedlung von Handwerksbetrieben positiv. Die gute Lage unseres Grundstückes im Ortsteil Giesenkirchen hat in den letzten zwanzig Jahren für eine stets gute Vermietungssituation gesorgt.

Im Optionshandel wird das gute Vorjahresergebnis nicht wieder erreicht werden können, da hier glückliche Sondersituationen eine Rolle gespielt haben. Der Handel in Wertpapieren wird voraussichtlich wieder von untergeordneter Bedeutung bleiben und wie in den Vorjahren nur im Rahmen von Opportunitäten genutzt werden.

Angesichts des Einflusses der allgemeinen Börsenentwicklung lässt sich der auf den Options- und Wertpapierhandel entfallende Teil des Jahresergebnisses 2014 schwer prognostizieren. Einen weiteren Unsicherheitsfaktor weisen die Leerstandsflächen auf. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung ist davon abhängig, wie schnell die Flächen wieder vermietet werden können. Wie im Vorjahr ist die Zielstellung ein insgesamt etwa ausgeglichenes Ergebnis.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Februar 2014 konnte im Nominalbetrag von € 1,5 Mio. eine 7 %-ige Anleihe begeben werden.

Deutscher Corporate Governance Bericht und Erklärung gemäß § 289 a HGB

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG – 2013

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG entsprach in der Vergangenheit den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in den jeweiligen Fassungen, zuletzt die der vom 15. Mai 2012 mit Ausnahmen, und wird in Zukunft den Verhaltensempfehlungen der „Regierungskommission Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom **13. Mai 2013** mit den folgenden Ausnahmen entsprechen. Wir sind von den Empfehlungen des Kodex dann abgewichen, wenn und soweit aufgrund der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur eine Befolgung der Empfehlung unseres Erachtens nach als nicht sinnvoll einzustufen ist.

- Die Gesellschaft wird aus Kostengründen und auf Grund der Aktionärsgröße und Struktur entgegen Ziff. 2.3.3 die Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmittel nicht ermöglichen.
- Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands in Abweichung von Ziff. 3.4 Absatz 3 nicht förmlich festgelegt. Die Unterrichtung des Aufsichtsrats kann aufgrund der Größe der Gesellschaft und dem Umfang der Geschäftstätigkeit auch mündlich erfolgen. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat zudem regelmäßig über alle wichtigen Geschäftsvorfälle.
- Die Empfehlung nach Ziff. 3.6, Abs. 1 entfällt für unsere Gesellschaft, weil die Gesellschaft nicht mitbestimmt ist.
- Eine D&O Versicherung für den Vorstand und für den Aufsichtsrat ist gem. Ziff. 3.8, Abs. 2 nicht abgeschlossen. Die Empfehlung gem. 3.8, Abs. 3 entfällt daher.
- Die Gesellschaft veröffentlicht entgegen Ziff. 3.10 nur die aktuelle Entsprechenserklärung auf der Internetseite, weil nach Einschätzung von Vorstand und Aufsichtsrat der Informationsgewinn für die Aktionäre durch die alten Erklärungen gering ist. Auf Verlangen werden die Vorjahresversionen den Aktionären aber zugesandt.
- Der Vorstand besteht entgegen Ziff. 4.2.1. nur aus einer Person. Auf Grund der Größe des Unternehmens ist die Vertretung durch nur einen Vorstand angemessen.
- Der Vorstand erhält abweichend von Ziff. 4.2.3. ausschließlich eine fixe Vergütung. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist für den Vorstand, wie auch für den Aufsichtsrat, nicht vorgesehen. Eine Bekanntmachung auf der Internetseite, eine detaillierte Erläuterung des Vergütungssystems im Geschäftsbericht sowie eine Information der Hauptversammlung über das Vergütungssystem nach Ziff. 4.2.3. sind daher aus Sicht von Vorstand und Aufsichtsrat entbehrlich, da nur eine fixe Vergütung gewährt wird. Die Höhe der festen Vergütung für den Vorstand wird im Geschäftsbericht ausgewiesen. Darüber hinaus gehende Vergütungen werden nicht gewährt.
- Eine langfristige Nachfolgeplanung gem. 5.1.2 für den Vorstand besteht gegenwärtig noch nicht. Bei Besserung der Geschäftslage der Gesellschaft ist jedoch geplant, zur Vorbereitung einer Nachfolgeregelung einen zweiten Vorstand zu bestellen. Hierbei wird der Aufsichtsrat im Rahmen der geltenden Gesetze auch auf Vielfalt achten und Frauen angemessen berücksichtigen. Eine Festlegung der Altersgrenze wird hierbei unberücksichtigt gelassen. Die sachliche und fachliche Kompetenz des Aufsichtsrats ist nach Meinung der Gesellschaft nicht altersabhängig.
- Der Aufsichtsrat hat abweichend von Ziff. 5.3.1, 5.3.2 und 5.3.3 keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss, gebildet. Die im Corporate Governance Kodex der Regierungskommission vorgeschlagenen Themenschwerpunkte für einen Prüfungsausschuss werden im Aufsichtsrat behandelt.
- Die Verweisung an Ausschüsse erfolgt auf Grund der Größe der Gesellschaft nicht. Sachthemen wie die Strategie des Unternehmens, Vergütung des Vorstandsmitglieds, Investitionen und Finanzierungen werden im gesamten Aufsichtsrat einvernehmlich besprochen.
- Der Aufsichtsrat wird abweichend von Ziff. 5.4.1, Abs. 2 keine konkreten Ziele für seine Zusammensetzung benennen und diese und den Stand der Umsetzung im Corporate Governance

Bericht veröffentlichen. Wie bisher wird sich der Aufsichtsrat bei Vorschlägen im Hinblick auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats alleine davon leiten lassen, ob die Betreffenden geeignet sind, das Aufsichtsratsmandat qualifiziert auszuüben. Deshalb wird auch auf die Festsetzung einer Altersgrenze verzichtet.

- Ein Mitglied des Aufsichtsrats, Herr Hanns Günther, ist im Sinne von Ziffer 5.4.2 der Empfehlung als nicht unabhängig zu sehen, da das Aufsichtsratsmitglied in einer persönlichen Beziehung zu einem Organ der Gesellschaft steht. Angesichts der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur gehören dem Aufsichtsrat nach seiner Einschätzung aber immer noch eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder an.
- Der Vorstand unserer Gesellschaft hat insgesamt mehr als drei Aufsichtsratsmandate in externen börsennotierten Gesellschaften inne. Eine entsprechende Beschränkung der Anzahl der Mandate hält der Aufsichtsrat für nicht erforderlich, solange dem Vorstand und auch jedem Aufsichtsratsmitglied für die Wahrnehmung seiner Mandate ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Demzufolge folgt die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG den gesetzlichen Bestimmungen und entspricht der Empfehlung des Kodex nicht (Ziffer 5.4.5).
- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten abweichend von Ziff. 5.4.6 eine feste Vergütung in gleicher Höhe. Ein individualisierter Ausweis ist daher nicht erforderlich. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nicht vorgesehen.
- Die Offenlegung der Geschäfte von Organmitgliedern in Aktien der Gesellschaft und der Aktienbesitz der Organmitglieder werden gemäß den gesetzlichen Regelungen des § 15 a WpHG vorgenommen. Eine darüber hinausgehende Offenlegung ist abweichend von Ziff. 6.3 nicht vorgesehen und wird von der Gesellschaft bisher nicht für notwendig erachtet. Entsprechende Informationen werden auf der
- Internetseite gegeben. Die mit der Aufstellung eines Konzernabschlusses verbundenen Empfehlungen nach Ziff. 7.1.1, 7.1.2, und 7.1.5 entfallen für unsere Gesellschaft, da diese keinen Konzernabschluss aufstellt.
- Die Gesellschaft veröffentlicht abweichend von Ziff. 7.1.4 keine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von nicht untergeordneter Bedeutung hält. Relevante Entwicklungen bei Beteiligungen an einem anderen Unternehmen werden in den Pflichtveröffentlichungen und auf der Internetseite der Gesellschaft bekannt gemacht und auch in der Hauptversammlung angesprochen und Fragen der Aktionäre dort beantwortet.

Vorstand und Aufsichtsrat der
Hamburger Getreide-Lagerhaus AG
Hamburg, den 28.12.2013

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Unternehmensführung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG richtet sich nach dem Deutschen Recht und der Satzung. Den Regeln des Deutschen Aktienrechts entsprechen die Organe Vorstand und Aufsichtsrat mit jeweils eigener Kompetenz. Sie arbeiten bei der Steuerung und Überwachung des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen. Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG. Änderungen der Satzung erfolgen im Rahmen der §§ 133, 179 AktG und nach § 4 der Satzung. Solche Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, dürfen vom Aufsichtsrat ohne Zustimmung der Hauptversammlung beschlossen werden.

Der Vorstand besteht aus einer Person und orientiert sich auf nachhaltige Wertschöpfung streng am Unternehmensinteresse. Er ist bei der Ausführung seiner Tätigkeit eigenverantwortlich tätig. Der Vorstand achtet streng auf die vom Aufsichtsrat und von der Satzung vorgegebenen Regeln.

Der Aufsichtsrat besteht aus drei Personen, der die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und in beratender Funktion tätig ist. Für bedeutende Geschäftsvorgänge gibt es eine Jahresplanung und Besprechungen. Der Aufsichtsrat ist nicht befugt, mit eigenen Maßnahmen in die Geschäftsführung des Vorstands einzugreifen.

Der Aufsichtsrat wird vom Vorstand zeitnah und schriftlich in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Lage der Gesellschaft, des Risikos und der Compliance unterrichtet.

Der Aufsichtsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist bis zum Ende der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2014 (zwei Aufsichtsratsmitglieder) beschließt, gewählt. Ein Mitglied des Aufsichtsrates ist bis zur Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2017 beschließt, gewählt.

Hamburg, im April 2014

Der Vorstand

Bernd Günther

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr genau und ausführlich mit der Lage der Gesellschaft beschäftigt und dabei seine Aufgaben nach Gesetz und Satzung wahrgenommen.

Im Berichtsjahr 2013 wurde in fünf ordentlichen Sitzungen getagt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich darüber hinaus regelmäßig in vielen persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand über die Lage des Unternehmens und die wesentlichen geschäftlichen Ereignisse und Vorhaben unterrichten lassen und Ratschläge gegeben.

In Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung sind, war der Aufsichtsrat eingebunden und hatte Einblick in die Geschäftsunterlagen.

Die ordentlichen Sitzungen des Plenums fanden am 23.02.2013, 27.04.2013, 05.06.2013, 15.07.2013 und am 24.11.2013 statt. Ausschüsse wurden nicht gebildet.

Ein Mitglied des Aufsichtsrats war in der Aufsichtsratssitzung am 05.06.2013 nicht persönlich anwesend, ein Mitglied war in der Aufsichtsratssitzung vom 24.11.2013 nicht persönlich anwesend. Die Herren waren aber jeweils während der gesamten Dauer der Sitzung telefonisch zugeschaltet.

Interessenskonflikte bei Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 nicht aufgetreten.

In der Sitzung am 23.02.2013 wurden insbesondere die Modalitäten für die Kapitalerhöhung besprochen und diese einstimmig beschlossen.

In allen Sitzungen wurde die Vermietungssituation der Objekte in Mönchengladbach, Bielefeld und Bremerhaven-Langen besprochen und diskutiert. Die Geschäftslage der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, insbesondere der Stand des Grundstücksverkaufs in Maastricht, wurde in der Sitzung am 23.02.2013 ausführlich besprochen. Die Begebung einer Anleihe wurde kurz angesprochen, aber in einer gesonderten Sitzung am 05.06.2013 separat besprochen und ausführlich diskutiert. Hier hat sich ein Mitglied des Aufsichtsrates gegen die Begebung einer Anleihe ausgesprochen.

Weitere Themen in den Sitzungen waren insbesondere die Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2013, die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaft, N.V. Beheer v/h Philips Tabak nebst Stand des Verkaufs des Grundstückes in Maastricht und die von der Gesellschaft zu veröffentlichenden Pflichtmitteilungen.

Der Aufsichtsrat befasste sich auch mit der Umsetzung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex. Der Kodex dokumentiert wesentliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Ihre gemeinsame jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat turnusgemäß im Dezember 2013 abgegeben und hierbei die Änderungen in der Fassung vom Mai 2013 berücksichtigt. Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss und Lagebericht sowie den übrigen offen zu legenden Unterlagen im Bundesanzeiger bekannt gemacht und ist auf der Website der Gesellschaft unter www.hgl-ag.de veröffentlicht.

Der Jahresabschluss 2013 sowie der Lagebericht sind von der in der Hauptversammlung am 15.07.2013 gewählten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Roser GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zur Kenntnis genommen und seinerseits den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Es ergaben sich keine Einwendungen. Dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer tritt der Aufsichtsrat bei. Im Umlaufbeschluss des Aufsichtsrats vom 30. April 2014, nach vorangegangener Telefonkonferenz, an welcher die Abschlussprüferin teilgenommen hat, hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss 2013 wurde damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit.

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung hatte unsere Gesellschaft geprüft und mit Schreiben vom 23.05.2013 mitgeteilt, dass keine fehlerhafte Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 2011 festgestellt wurde.

Hamburg, im April 2014
Der Aufsichtsrat

Dr. Horst Reuter
Vorsitzender

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	€	Stand am 31.12.2013 €	Stand am 31.12.2012 T€	Passiva	€	Stand am 31.12.2013 €	Stand am 31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital	1.351.579,21		1.229
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.546.624,93		4.597	- davon Stammaktien: € 1.167.272,95 (Vorjahr: T€ 1.045)-			
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1,51</u>	4.546.626,44	<u>0</u>	- davon Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gemäß § 139 AktG: € 184.306,26 (Vorjahr: T€ 184)-			
			<u>4.597</u>	II. Kapitalrücklage	633.210,40		603
II. Finanzanlagen				III. Bilanzverlust	<u>-492.111,23</u>	1.492.678,38	<u>-511</u>
Beteiligungen		<u>490.000,00</u>	<u>400</u>				<u>1.321</u>
		<u>5.036.626,44</u>	<u>4.997</u>	B. Rückstellungen			
B. Umlaufvermögen				1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	180.808,00		196
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				2. Sonstige Rückstellungen	<u>21.300,00</u>	202.108,00	<u>32</u>
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		418				<u>228</u>
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105.589,11		138	C. Verbindlichkeiten			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.367,40</u>	108.956,51	<u>1</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.139.777,62		3.781
			<u>557</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.114.311,15 (Vorjahr: T€ 1.563) -			
II. Wertpapiere				- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: € 1.237.083,86 (Vorjahr: T€ 1.443) -			
Sonstige Wertpapiere		42.139,38	<u>68</u>	- davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 3.119.170,35 (Vorjahr: T€ 3.672) -			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>85.923,93</u>	<u>16</u>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95.561,57		91
		<u>237.019,82</u>	<u>641</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 95.561,57 (Vorjahr: T€ 91) -			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.046,48	0	3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	139.561,44		0
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 139.561,44 (Vorjahr: T€ 0)			
				4. Sonstige Verbindlichkeiten	204.422,63		217
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 204.422,63 (Vorjahr: T€ 217)			
				- davon aus Steuern: € 2.414,74 (Vorjahr T€ 17)-			
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00 (Vorjahr T€ 0)			
					<u>3.579.323,26</u>	3.579.323,26	<u>4.089</u>
				D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>583,10</u>	<u>0</u>
		<u>5.274.692,74</u>	<u>5.638</u>			<u>5.274.692,74</u>	<u>5.638</u>

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	€	€	2012 T€
1. Umsatzerlöse		474.373,39	627
2. sonstige betriebliche Erträge		662.695,75	172
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-127.751,96		-130
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-13.969,55		-25
- davon für Altersversorgung: € 10.420,73 (Vorjahr: T€ 6)-		-141.721,51	
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		-50.729,00	-51
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-711.791,53	-380
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		21.516,97	37
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-2.940,04	-99
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
- davon aus Aufzinsung: € 9.684,00 (Vorjahr: T€ 11) -		-218.360,21	-238
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäfts- Tätigkeit		33.043,82	-85
10. außerordentliche Erträge	0,00		75
11. außerordentliche Aufwendungen	-726,00		-1
12. außerordentliches Ergebnis		-726,00	74
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0
14. Sonstige Steuern		-13.376,28	-12
15. Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)		18.941,54	-23
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-511.052,77	-488
17. Bilanzverlust		-492.111,23	-511

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist im Dezember 2013 abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft unter: www.hgl-ag.de Rubrik „Codex“ zugänglich gemacht worden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 266 HGB und § 152 AktG.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 HGB und § 158 AktG unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

Die Gesellschaft weist aufgrund eines Hinweises der DPR seit dem Geschäftsjahr 2013 - abweichend von den Vorjahren - die Gewinne und Verluste aus Optionsgeschäften unsaldiert in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Der Ausweis erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Im Vorjahr erfolgte eine gesonderte Angabe der Einzelposten im Anhang. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Im Geschäftsjahr 2013 wurden Gewinne von € 508.767,80 (Vorjahr: T€ 81) und Verluste von € 354.578,05 (Vorjahr: T€ 88) erwirtschaftet und entsprechend ausgewiesen.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt worden.

Die Abschreibungen auf die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen mit den Erfüllungsbeträgen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind. Beträgt ihre Restlaufzeit mehr als ein Jahr, werden die Rückstellungen mit einem der jeweiligen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagenspiegel dargestellt.

2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Gegenüber dem Finanzamt bestehen Forderungen in Höhe von € 1.204,21 (Vorjahr: T€ 1).

3. Aktive latente Steuern

Die Gesellschaft hat von dem im Zuge des BilMoG eingeführten Aktivierungswahlrecht für aktive latente Steuern (§ 274 Abs. 1 Satz 2 und 4 HGB) aufgrund steuerlicher Verlustvorträge keinen Gebrauch gemacht. Der Bewertung liegt ein unternehmensindividueller Steuersatz von ca. 32 % zugrunde.

4. Eigenkapital

Vorliegende Mitteilungen nach §§ 21,22 WpHG:

	Datum Mitteilung	Überschrittene Schwellen	Datum Überschreitung Unterschreitung	Gesamt %	davon zuzu- rechnen
Bernd Günther	05.01.11	25 %	03.01.2011	29,63	7,46 %
Wicking'sche Versicherungs- Vermittlung GmbH	25.01.05	5 %	07.01.2005	7,46	
Otto M. Schröder Bank AG	17.12.04	5 %	19.11.2004	7,04	
Stephanie Günther	24.04.13	5 %	17.04.2013	9,22	
Prof. Dr. Dirk Fries	24.04.13	5 %	17.04.2013	9,71	

Herr Prof. Dr. Dirk Fries hat am 24.04.2013 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der HGL AG am 17.04.2013 die Schwelle von 3 % und 5 % überschritten hat und an diesem Tag 9,71 % betragen hat.

Frau Stephanie Günther hat am 24.04.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrecht an der HGL AG am 17.04.2013 die Schwelle von 10 % unterschritten hat und an diesem Tag 9,22 % betragen hat.

Unter teilweiser Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2010 hat unsere Gesellschaft im März 2013 das Grundkapital um € 122.870,83 bzw. Stück 34.000 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien erhöht. Die umlaufende Aktienanzahl erhöht sich von Stück 340.000 Aktien auf Stück 374.000 Aktien (323.000 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien und 51.000 nennwertlose auf den Inhaber lautende Vorzugs-Stückaktien).

Das Grundkapital beträgt danach zum Bilanzstichtag € 1.351.579,21 und setzt sich wie folgt zusammen:

Stammaktien	Stück 323.000	€ 1.167.272,95
Vorzugsaktien	Stück 51.000	€ 184.306,26
	Stück 374.000	€ 1.351.579,21
	=====	=====

Die Hauptversammlung vom 28. August 2010 hat unter anderem die Neufassung der Satzung in § 4 Absatz 4 (Genehmigtes Kapital) beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 27. August 2015 um bis zu € 600.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010). Unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals 2010 ist im März 2013 die Kapitalerhöhung erfolgreich durchgeführt worden. Das restliche Genehmigte Kapital 2010 beträgt nach Ausnutzung nunmehr € 477.129,17.

5. Rückstellung für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens auf Basis der international üblichen Project-Unit-Credit-Methode (PUCM) unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Heubeck nach den Bestimmungen des BilMoG ermittelt. Bei der Ermittlung des erforderlichen Rückstellungsbetrags wurde in den versicherungsmathematischen Gutachten der Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) ein Rechnungszins von 4,88 % zugrunde gelegt. Ferner wurde unterstellt, dass die laufenden und zu erwartenden Rentenzahlungen künftig nicht erhöht werden.

Der Zuführungsbetrag aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen auf das BilMoG wird gemäß § 67 Abs. 1 EGHGB rätierlich bis zum 31. Dezember 2024 angesammelt. Der noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Unterschiedsbetrag (Unterdeckung) beträgt € 7.983,00. Der Ausweis des jährlichen Zuführungsbetrags von € 726,00 erfolgt unter den außerordentlichen Aufwendungen (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

6. Sonstige Rückstellungen

Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen:	€
Jahresabschlusskosten	19.800,00
Berufsgenossenschaft	<u>1.500,00</u>
	21.300,00
	=====

7. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten belaufen sich per 31. Dezember 2013 auf € 3.139.777,62 (Vorjahr: T€ 3.781), davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.114.311,15 (Vorjahr: T€ 1.563) und mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren auf € 1.237.083,86 (Vorjahr: € 1.443). Als Sicherheiten hierzu bestehen Grundschulden, Sicherungsabtretungen und Verpfändungen von Wertpapierdepots (siehe Erläuterung unter 8. Pfandrechte).

8. Pfandrechte

Zur Sicherung der Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG sind sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Vermietung und Verpachtung der Beleihungsobjekte abgetreten.

Schließlich bestehen Grundpfandrechte für Bankverbindlichkeiten in Höhe von € 3.119.170,35 (Vorjahr: T€ 3.672).

9. Haftungsverhältnisse

Es bestehen selbstschuldnerische Bürgschaften gegenüber der Otto M. Schröder Bank AG in Höhe von € 50.492,00 (Vorjahr: T€ 60) zugunsten Dritter. Das Risiko der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften wird derzeit als gering eingeschätzt.

10. Sonstige betriebliche Erträge

Ausgewiesen werden neben Erträgen aus der Weiterbelastung von Kosten insbesondere Erträge aus der Zuschreibung zu Beteiligungen sowie Gewinne aus Optionsgeschäften.

11. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis des Vorjahres beinhaltet mit € 75.000,00 Erträge aus einem vom Vorstand für das ihm gewährte Darlehen ausgesprochenen anteiligen Forderungsverzicht mit Besserungsabrede.

12. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Falle der wirtschaftlichen Besserung besteht seitens der Gesellschaft eine Zahlungsverpflichtung von insgesamt € 75.000,00. Bei einem Jahresergebnis von mindestens € 10.000,00 sollen unter dem Vorbehalt

entsprechender Liquidität 33,33 % des Jahresergebnisses zur Tilgung eingesetzt werden. Im Geschäftsjahr 2013 ist hiervon kein Gebrauch gemacht worden. Der Jahresüberschuss von € 18.941,54 verbleibt in voller Höhe.

13. Angabe zu Geschäften mit nahe stehenden Personen

Folgende Lieferungen und Leistungen wurden mit nahe stehenden Personen oder Unternehmen, die einen bedeutenden Einfluss ausüben können, erbracht oder in Anspruch genommen:

Die Gesellschaft hat einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ein unbesichertes Darlehen in Höhe von ursprünglich € 676.601,94 gewährt, für das vertragsgemäß jederzeit das Recht zur Rückzahlung besteht. Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr 2011 ein weiteres unbesichertes Darlehen über € 350.000,00 gewährt. Die Darlehen wurden mit 6,0 % bzw. 5 % verzinst, und im Geschäftsjahr 2013 vollständig zurückgeführt (Vorjahr: € 417.329,09). Es wurden Zinserträge in Höhe von € 15.022,12 (Vorjahr: € 27.723,97) vereinnahmt. Zum Bilanzstichtag stellt das Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft ein Darlehen zur Verfügung. Darlehens- und Zinsforderungen hieraus betragen € 139.561,44. Des Weiteren hat das Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft in 2013 die Begleitung des Grundstücksverkaufs in Maastricht mit € 40.000,00 vergütet.

Die HGL AG hat im Geschäftsjahr 2013 von einem Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther Mitglied der Geschäftsführung ist, Auslagen für anteilige Kosten für Büronutzung, Kopierer, Fax und Telefon sowie Büro- und Managementleistungen in Höhe von € 9.500,00 (Vorjahr: € 54.000,00) erstattet bekommen.

Der Vorstand der HGL AG hat der Gesellschaft ein unbesichertes Darlehen gewährt, das vertragsgemäß jederzeit zurückgezahlt werden kann und mit 6,0 % p.a. verzinst wird. Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag hieraus Verbindlichkeiten in Höhe von € 89.620,83 (Vorjahr: € 92.415,88) aus, nachdem der Vorstand im Geschäftsjahr 2012 auf einen Teilbetrag von € 75.000,00 gegen Besserungsabrede verzichtet hat. Die Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr betragen € 5.204,95 (Vorjahr: € 14.658,12). Weiterhin hat der Vorstand am 30. November 2006 eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von € 100.000,00 zugunsten der HGL AG für das Darlehen bei der Westdeutschen ImmobilienBank AG und in Höhe von T€ 307 für das Darlehen bei der Städtischen Sparkasse Bremerhaven gegeben. Die Bürgschaften wurden kostenfrei gewährt. Im Geschäftsjahr 2011 hat der Vorstand eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von € 100.000,00 für das Darlehen bei der HSH Nordbank AG, welches im Jahr 2013 planmäßig getilgt wurde, und im Geschäftsjahr 2012 eine weitere selbstschuldnerische Höchstbetragsbürgschaft bis zur Höhe von € 200.000,00 für die Kontokorrentlinie bei der SUTOR BANK gewährt. Auch diese Gewährungen erfolgten kostenfrei.

Ein Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther geschäftsführender Gesellschafter ist, hat der HGL AG ein unbesichertes Darlehen gewährt, das vertragsgemäß jederzeit zurückgezahlt werden kann und mit 6 % p.a. verzinst wird. Das Darlehen valutiert zum Bilanzstichtag einschließlich Zinsen mit € 6.195,28 (Vorjahr: € 5.844,60).

Eine nahe Familienangehörige des Vorstands gewährte der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 ein zinsloses Darlehen über € 25.000,00. Ein schriftlicher Darlehensvertrag besteht nicht.

IV. Sonstige Angaben

1. Im Jahresdurchschnitt wurden eine Vollzeitkraft und drei Teilzeitkräfte beschäftigt.

2. Vorstand

Bernd Günther

Hamburg, Kaufmann

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats bei:

Maschinenfabrik Heid AG, Stockerau, Österreich

New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG, Lüneburg

MATERNUS-Kliniken AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats bei:

Patrio Plus AG, Hamburg (bis 31. August 2013)

WCM AG, Frankfurt

H&R AG, Salzbergen (Ehrenvorsitzender seit 2012)

3. Aufsichtsrat

Dr. jur. Horst Reuter
(Vorsitzender) Hamburg, Rechtsanwalt / Steuerberater

Dipl.-Kfm. Hanns Günther
(stellv. Vorsitzender) Frankfurt, Bankkaufmann

Michael von Busse Hamburg, Bankkaufmann (bis 15. Juli 2013)

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Mitglied des Aufsichtsrats bei:

Advanced Capital Management AG, Aachen

Dipl.-Kfm. Dr. Joachim Girg München, Geschäftsführer H&R Beteiligung GmbH (ab 15. Juli 2013)

Weitere Tätigkeiten und Funktionen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats bei:

H&R AG, Salzbergen

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung von jeweils € 2.556,46. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats haben für das Geschäftsjahr 2013 wie auch schon im Geschäftsjahr 2012 auf eine Vergütung verzichtet, so dass Aufsichtsratsvergütungen im Geschäftsjahr 2013 nicht anfallen.
5. Der Vorstand (Herr Bernd Günther) erhält ausschließlich erfolgsunabhängige Bezüge, die im Geschäftsjahr 2013 € 66.000,00 (Vorjahr: T€ 66) betragen.
6. Die Bezüge an frühere Organmitglieder betragen € 18.406,51 (Vorjahr: T€ 18). Ferner sind für Rentenbezüge früherer Organmitglieder € 155.163,00 (Vorjahr: T€ 160) zurückgestellt.
7. Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer in Höhe von € 11.900,00 (Vorjahr: T€ 12) betrifft ausschließlich Prüfungskosten.
8. Die Gesellschaft ist am Grundkapital der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, s'Hertogenbosch/Niederlande, eingeteilt in 75.982 Aktien mit 36.900 Aktien bzw. rd. 49,0 % beteiligt, wovon 5.050 Aktien von dem Vorstand unverändert seit 1994 treuhänderisch gehalten und jederzeit ohne jede Entschädigung oder Aufwendungsersatz von diesem übernommen werden können. Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2013 T€ 1.009 (Vorjahr: T€ 1.083). Darin ist ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 75 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von T€ 249) enthalten.

Hamburg, den 29. April 2014

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft
Bernd Günther

Kapitalflussrechnung

	2013 T€	2012 T€	Veränderung T€
Periodenergebnis	19	-23	42
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	-39	51	-90
- Abnahme der langfristigen Rückstellungen	-15	- 6	-9
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	<u>0</u>	<u>24</u>	<u>24</u>
Cashflow nach DVFA/SG	-35	46	-81
+/-Zu- / Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	-11	-1	-10
-/+ Zu-/ Abnahme der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	472	63	409
+/- Zu- /Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>132</u>	<u>-69</u>	<u>201</u>
<u>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</u>	<u>558</u>	<u>39</u>	<u>519</u>
+/- Zu-/ Abnahme der Bankverbindlichkeiten	-641	-46	- 595
+ Kapitalerhöhung	<u>153</u>	<u>0</u>	<u>153</u>
<u>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</u>	<u>-488</u>	<u>-46</u>	<u>- 442</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	70	-7	77
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>16</u>	<u>23</u>	<u>-7</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	86	16	70
=====	==	==	==

Eigenkapitalspiegel für die Geschäftsjahre 2013 und 2012

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien			
	€		€	€	€
Stand am 31.12.2011	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 487.704,51	1.344.085,10
Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	- 23.348,26	- 23.348,26
Stand am 31.12.2012	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 511.052,77	1.320.736,84

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien			
	€		€	€	€
Stand am 31.12.2012	1.044.402,12	184.306,26	603.081,23	- 511.052,77	1.320.736,84
Einzahlung Kapitalerhöhung	122.870,83		30.129,17		153.000,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	18.941,54	18.941,54
Stand am 31.12.2013	1.167.272,95	184.306,26	633.210,40	- 492.111,23	1.492.678,38

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2013
Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten		Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte	
	Stand am 1.1.2013	Stand am 31.12.2013	Stand am 1.1.2013	Zugänge	Zuschreibungen	Stand am 31.12.2013	Stand am 31.12.2012
	€	€	€	€	€		€
I. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.077.198,93	5.077.198,93	479.845,00	50.729,00	0,00	530.574,00	4.546.624,93
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.763,85	15.763,85	15.762,34	0,00	0,00	15.762,34	1,51
	5.092.962,78	5.092.962,78	495.607,34	50.729,00	0,00	546.336,34	4.546.626,44
II. Finanzanlagen							
Beteiligungen	1.361.058,98	1.361.058,98	961.058,98	0,00	90.000,00	871.058,98	490.000,00
	6.454.021,76	6.454.021,76	1.456.666,32	50.729,00	90.000,00	1.417.395,32	5.036.626,44

Erklärung des Vorstands

Bilanzeid

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Hamburg, im April 2014

Der Vorstand

Bernd Günther

Wir erteilen nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 sowie dem Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, den folgenden

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalspiegel, Kapitalflussrechnung und Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 30. April 2014

Roser GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Roser
Wirtschaftsprüfer

Bischoff
Wirtschaftsprüferin